

## Die Landesregierung muss schnell Klarheit zum finanziellen Rahmen für Krankenhausinvestitionen schaffen, den Landesbeitrag erhöhen und sich mit den Kommunen abstimmen

Zur heutigen Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu den Krankenhausinvestitionen erklärt **Landrat Reinhard Sager**, Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages: *„Auch die kommunalen Aufgabenträger sehen einen erheblichen Bedarf bei den investiven Mitteln für die stationäre Krankenhausversorgung.“* Dies sei der Bereich, den man in Schleswig-Holstein selbst gestalten könne. Die angekündigten Veränderungen auf Bundesebene würden sicher nicht alle Probleme lösen. *„Krankenhäuser sind elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“.* Daher stünden die Kreise in Schleswig-Holstein zu ihren, auch finanziellen, Verpflichtungen aus dem Landeskrankenhausgesetz.

Laut **PD Dr. Sönke E. Schulz**, Geschäftsführer des Landkreistages, gebe die aktuelle Debatte Anlass, die Landespolitik daran zu erinnern, dass es keine einseitige Versprechungen geben dürfe, die dann aufgrund des gesetzlichen Mechanismus zu 50 Prozent von den Kreisen und kreisfreien Städten mitzufinanzieren sind. Nicht ohne Grund habe die Mitgliederversammlung des Landkreistages schon im vergangenen Jahr dazu Forderungen formuliert: *„Wir erwarten einerseits eine Einbindung in die Entscheidungen des Landes, die unmittelbare und erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen haben. Andererseits ist es an der Zeit, die gesetzliche Regelung flexibel zu gestalten und auch abweichende Finanzierungsbeiträge im Einzelfall zu ermöglichen.“* Insbesondere wenn das Land durch Umschichtungen im Landeshaushalt, durch Sondervermögen oder neue Schulden Mittel für die Krankenhausinvestitionen bereitstelle, müssten andere Quoten gelten. Den Kreisen und kreisfreien Städten fehlten solche Instrumente. Die Mittel müssten aus den laufenden Haushalten gestemmt werden, in den Kreisen im Zweifel über Umlagen finanziert werden.

**Schulz** ergänzt: *„In diesem Zusammenhang können auch Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU Tobias Koch nicht unkommentiert bleiben.“* Anders als er dies darstelle, habe es über die sog. „erste Tranche“ des Landes in Höhe von 121,4 Mio. Euro und deren Kofinanzierung im Jahr 2021 keine „Vereinbarung“ mit den Kommunen gegeben. *„Das Gegenteil ist der Fall. Ich erinnere mich noch zu gut an mehrere Schreiben des Vorsitzenden des Landkreistages Sager und des Vorsitzenden des Städtetages Dr. Kämpfer, die ohne Reaktion geblieben sind. Die damalige Regierung war nicht einmal bereit, über die geforderte Einbindung in Entscheidungen oder eine Anpassung des gesetzlichen Automatismus zu sprechen.“*

**Reinhard Sager** abschließend: *„Die Debatte zeigt vor allem eins: Die wenigen Mittel müssen klug eingesetzt werden. Dies setzt voraus, dass man gemeinsam ein Bild entwickelt, wie sich die medizinische Versorgung in den kommenden Jahren entwickeln soll.“* Der Landkreistag habe im vergangenen Jahr bereits die Notwendigkeit betont, gemeinsam die medizinische Versorgung im Interesse der Menschen in unserem Land nachhaltig und zukunftsgerichtet zu reformieren.